



Ende Juni 2022 führte *Digitize!* eine **zweite Online-Umfrage** durch. Auch diese Umfrage beinhaltete verschiedene Fragen zu Gesellschaft, Medien und Politik in Österreich – darunter zu aktuellen Themen. Die folgenden Seiten fassen zusammen, welche Maßnahmen zum Klimaschutz die meiste Zustimmung unter den Befragten erhalten, wie sich ihre wirtschaftliche Lage angesichts der Teuerung verändert hat und wie hoch Befragte die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass Österreich oder ein anderes EU-Land in naher Zukunft in einen Krieg verwickelt wird.

Wieso gibt es eigentlich mehr als eine *Digitize!*-Umfrage? Ganz einfach: die Einstellung zu und Wichtigkeit von Themen kann sich ändern. Manchmal verändert sich die Meinung zu einem Thema. Viele Menschen bewerten Situationen nach ein paar Monaten anders als zuvor. Außerdem können neue wichtige Themen aufkommen. *Digitize!* freut sich daher über alle Personen, die regelmäßig an *Digitize!*-Befragungen teilnehmen möchten.

Eckdaten der *Digitize!*-Befragung

- **Befragungszeitraum:**
22. Juni 2022 – 15. Oktober 2022
- **Umfragedauer (Median):**
26 Minuten
- **Anzahl der Umfrageteilnehmer*innen:**
n=1.102
- **Geschlechterverhältnis:**
49,7 % weiblich, 50,3 % männlich,
- **Alter:**
Zwischen 17 und 81 Jahre;
durchschnittlich: 45,7 Jahre
- **Haushaltgröße:**
15,3 % Einpersonenhaushalte,
34,1 % Zweipersonenhaushalte,
42,7 % Haushalte mit drei Personen oder mehr; durchschnittlich 3,9 Personen
- **Familienstand:**
64,9 % in einer Partnerschaft / Ehe
18,1 % Single
7,3 % Verwitwet oder Geschieden

Klimaschutz und bevorzugte Lösungen

Was ist für Befragte in Österreich das wichtigste Thema zum Zeitpunkt der zweiten *Digitize!*-Umfrage? Wie bereits in der ersten Befragung wurde „Umweltschutz und Klima“ am häufigsten als wichtigstes innenpolitisches Thema genannt (17,9%). Ebenfalls häufig genannt wurden die Themen „Gesundheit und Pflege“ (12,1%) und Wirtschaftspolitik (8,9%).

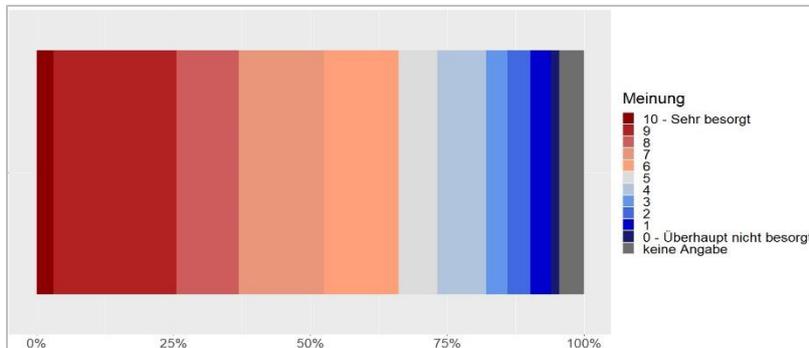


Abbildung 1: Besorgtheit über den Klimawandel in Österreich.

Abbildung 1 zeigt, wie wichtig der Klimaschutz für viele Befragte ist. Bei der Frage nach der der Besorgtheit über den Klimawandel geben 52,5% auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht besorgt) bis 10 (sehr besorgt) einen Wert von 7 oder höher an. Ein Großteil der Befragten ist also (sehr) besorgt.

Um die Klimakrise zu bekämpfen gibt es verschiedene Vorschläge. Wie Abbildung 2 verdeutlicht, hängt die Zustimmung zu bzw. die Ablehnung von ausgewählten Maßnahmen aber stark von der jeweiligen Maßnahme ab.

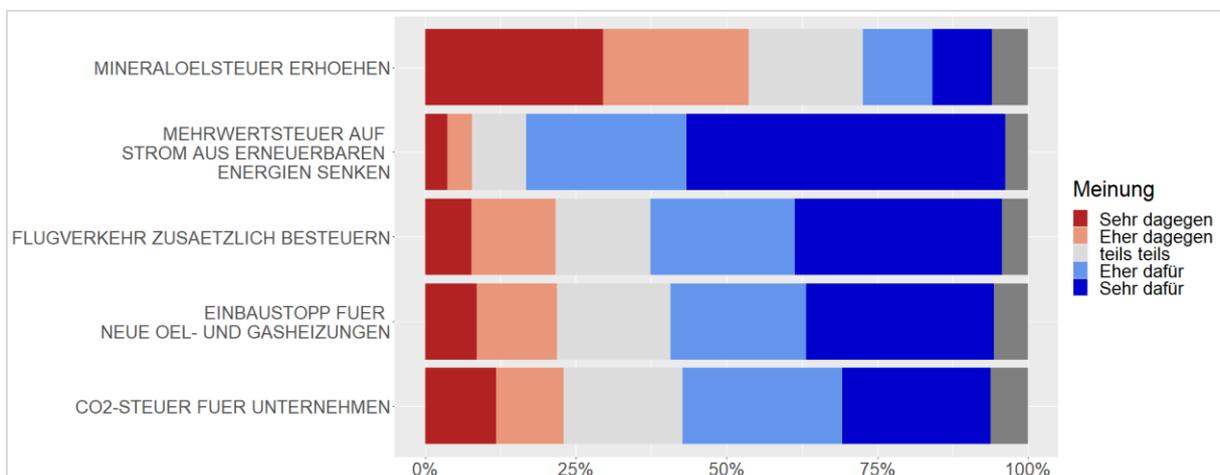


Abbildung 2: Zustimmung zu verschiedenen Klimaschutzmaßnahmen.

Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom aus erneuerbaren Energien befürworten 79,4% der Befragten (Antwortkategorien „eher dafür“ und „sehr dafür“). Lediglich rund 7,8% lehnen dies ab (Antwortkategorien „sehr dagegen“ und „eher dagegen“). 9,0% der Befragten sind unentschieden (Antwortmöglichkeit „teils teils“) und 3,8% geben „Weiß nicht“ an.

Auch sind nur 21,7% der Befragten gegen eine zusätzliche Besteuerung des Flugverkehrs, während 58,3% „eher“ bis „sehr dafür“ sind. 15,8% der Befragten entscheiden sich hier für die Mittelkategorie. 4,3% wählen „Weiß nicht“.

Den Vorschlag einen Einbaustopp für neue Öl- und Gasheizungen einzuführen befürworten rund 53,6%. 21,9% sind gegen eine solche Maßnahme. 18,8% der Befragten sind teils dafür und dagegen. 5,7% wählen „Weiß nicht“.

Auch sprechen sich lediglich rund 23,0% der Teilnehmer*innen gegen eine CO₂-Steuer für Unternehmen aus. 51,1% der Befragten sind „eher“ bis „sehr dafür“, 19,7% wählen die Antwortkategorie „teils-teils“ und 6,2% geben „Weiß nicht“ an.

Die Ablehnung einer Mineralölsteuererhöhung fällt hingegen deutlich stärker aus. Rund 53,7 % sind „eher“ bis „sehr dagegen“ diese zu erhöhen und nur 21,4 % sind „eher“ bis „sehr dafür“. Bei dieser Maßnahme ist allerdings auch ein großer Teil der Respondent*innen unschlüssig: 18,9 % wählen die Antwortoption „teils-teils“. 6,0 % der Befragten geben „Weiß nicht“ an.

Alles in allem ist die Zustimmung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen recht hoch. Viele Befürworter*innen gibt es für eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom aus erneuerbaren Energien. Eine Steuererhöhung auf Mineralöl wird am stärksten abgelehnt. Wie stark eine Maßnahme abgelehnt wird, hängt oft mit anderen Faktoren zusammen, z.B. der aktuellen Wahlabsicht einer Person (vgl. hierzu Einblick in die *Digitize!*-Umfrage, November 2022, S. 3).

Lage habe sich in den vergangenen zwölf Monaten etwas verschlechtert. Knapp 16,8 % sind sogar der Meinung, dass ihre finanzielle Situation viel schlechter geworden sei. 1,3 % haben „Weiß nicht“ angegeben. In der ersten *Digitize!*-Befragung, die von Februar bis April 2022 stattfand, waren nur 20,5 % bzw. 5,3 % der Meinung, ihre wirtschaftliche Lage hätte sich etwas bzw. viel verschlechtert. 1,6 % der Befragten gaben „Weiß nicht“ an. Im Vergleich sieht sich also ein größerer Teil der Befragten als wirtschaftlich schlechter dastehend.

Auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Österreich hat sich verschlechtert. 41,7 % sind der Meinung, die Lage sei in den vergangenen zwölf Monaten etwas schlechter geworden. 33,2 % stuft die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich sogar als „viel schlechter“ ein. 2,3 % gaben „Weiß nicht“ an.

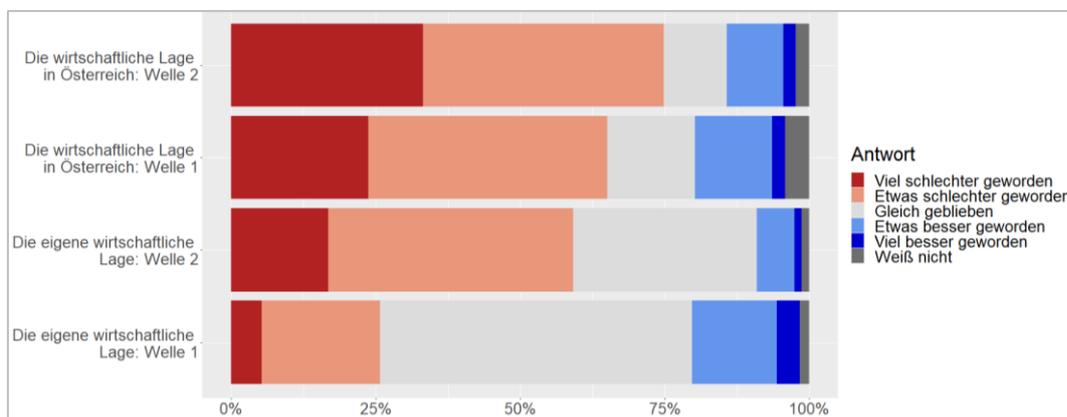


Abbildung 3: Retrospektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Österreich (Vergleich Umfragewelle 1 und Umfragewelle 2).

Die wirtschaftliche Lage wird schlechter eingeschätzt

Die Teuerung beschäftigt viele der Befragten seit längerer Zeit. Die erhöhte Inflationsrate und die damit einhergehenden Preissteigerungen stellen für viele Menschen eine finanzielle Belastung dar. Diese Entwicklung zeigt sich auch in den *Digitize!*-Umfragen. Abbildung 3 vergleicht die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Lage in Österreich zum Zeitpunkt der ersten Umfrage (Februar bis April 2022) mit der wahrgenommenen Lage während der zweiten Umfrage.

In der zweiten *Digitize!*-Umfrage gaben 42,4 % der Befragten an, ihre eigene wirtschaftliche

In der ersten Befragung waren 41,4 % der Meinung, die wirtschaftliche Lage in Österreich sei etwas schlechter geworden. 23,7 % gaben an, dass die Situation viel schlechter geworden sei. Das allgemeine Stimmungsbild über die wirtschaftliche Lage lässt sich daher als überwiegend negativ zusammenfassen.

Insgesamt zeigt sich, dass sowohl die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage als auch der Situation in Österreich in der zweiten *Digitize!*-Befragung häufiger als eher oder viel schlechter bewertet wurde als in der ersten Befragung. Auf individueller Ebene fällt dieser Unterschied noch etwas größer aus als bei der Bewertung der wirtschaftlichen Situation in Österreich im Allgemeinen.

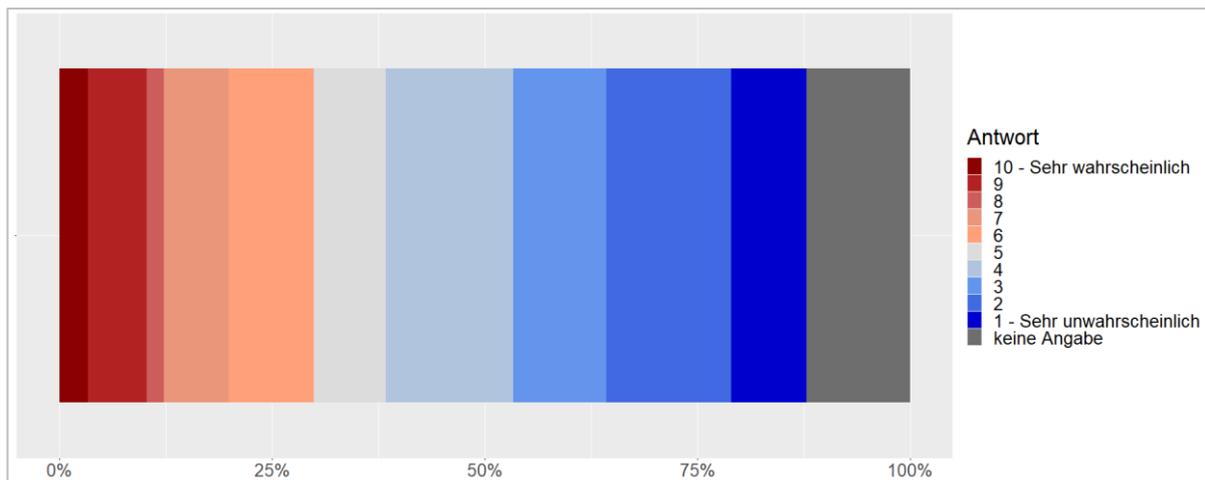


Abbildung 4: Einschätzung der Wahrscheinlichkeit einer Kriegsverwicklung Österreichs oder eines anderen EU-Mitgliedsstaats in naher Zukunft.

(Un)Wahrscheinliche Kriegsverwicklung

Für viele Menschen war ein Krieg in Europa vor Ausbruch des Ukrainekriegs nicht (mehr) vorstellbar. Durch den Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich dies verändert: erhöhte Sicherheitsbedenken, Diskussionen über die Lieferung von Waffen und Debatten über NATO-Beitritte prägen die aktuelle Außenpolitik der EU-Staaten. In der zweiten *Digitize!*-Umfrage werden aus diesem Grund die Teilnehmer*innen dazu eingeladen, auf einer Skala von 1 (sehr unwahrscheinlich) bis 10 (sehr wahrscheinlich) einzuschätzen, wie wahrscheinlich es ist, dass Österreich oder ein anderer EU-Mitgliedsstaat in naher Zukunft in einen Krieg verwickelt werden wird.

Diese Einschätzung zeigt Abbildung 4. 49,5 % der Befragten schätzen die Wahrscheinlichkeit eines Krieges als gering ein (Antwortoptionen 1 bis 4). 18,5 % der Befragten gehen von einem mittleren Risiko aus, wohingegen 19,9 % das Risiko als hoch bewerten (Skalawert 7 oder höher). 12,2 % geben „keine Angabe“ an. Zusammengerechnet geht also etwas weniger

als die Hälfte der Teilnehmer*innen, von einer geringen Wahrscheinlichkeit aus.

Datenschutz und -verfügbarkeit

Als eine Umfrage österreichischer Universitäten unterliegen alle *Digitize!*-Umfragedaten den höchsten Datenschutzstandards. Durch die Pseudonymisierung der Befragten sowie das Zusammenfassen von Antworten in grobe Kategorien stellt *Digitize!* sicher, dass Umfragedaten nicht auf einzelne Personen zurückgeführt werden können.

Um Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der Umfrageforschung zu gewährleisten, stellt *Digitize!* nach jeder Umfrage eine detaillierte Dokumentation sowie den Fragebogen zur Verfügung.

Die pseudonymisierten Umfragedaten können für vorwissenschaftliche Arbeiten und wissenschaftliche Forschungszwecke bei dem österreichischen Datenarchiv AUSSDA unter <https://aussda.at> heruntergeladen und mittels Zitation der Daten und ihrer Autorinnen und Autoren verwendet werden.

Das *Digitize!*-Projekt ist eine Kooperation der Universitäten Wien, Linz, Salzburg, Graz und Innsbruck. Zu den Projektzielen gehören die Forschung zu digitalen Datenerhebungsmethoden, die Etablierung forschungsethischer und rechtlicher Standards sowie die Weiterentwicklung digitaler Lehre.

Erfahren Sie mehr über das ***Digitize!*-Projekt** unter: <https://digitize-transformation.at/das-projekt/>

Die *Digitize!*-Onlineumfrage ist Teil des *Digitize!*-Projekts. Mehrmals pro Jahr wird eine kleine Zufallsauswahl von Personen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich zu der Umfrage eingeladen. Für ein möglichst repräsentatives Meinungsbild erfolgt die Anzahl der Einladungen proportional zur Bevölkerungszahl der Bundesländer.

Erfahren Sie mehr über die ***Digitize!*-Umfrage** unter: <https://digitize-transformation.at/umfragen/>